

Nachlese zum 16. UVP-Kongress

A Look Back at the 16th EIA Conference

Michael Koch

Eingegangen: 09.03.2026 | Angenommen: 28.03.2026 | Online veröffentlicht: 24.06.2026



Abbildung 1: Der Autor fragt bei der Podiumsdiskussion nach (Foto: Paul-Philipp Braun)

Anfang Oktober 2025 fand der 16. UVP-Kongress in Erfurt statt. Er stand unter anderem im Zeichen der angestrebten Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, insbesondere bei der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Am Schluss des Kongresses wurde im Plenum multidisziplinär diskutiert, wie man sich in Zeiten, die sich in vielfacher Hinsicht, insbesondere aber ökonomisch, geändert haben, als Expertin oder Experte für Umweltfragen und auch als UVP-Gesellschaft zu den zur Diskussion stehenden Kürzungen und Beschränkungen bei der UVP positioniert.

Der Wirtschaft geht es nicht mehr so gut wie in den vergangenen Jahren; viele geplante Projekte in den Bereichen Mobilität, technische und soziale Infrastruktur oder Arbeiten und Wohnen verzögern sich oder werden storniert, die Investitionskosten werden immer unkalulierbarer, Genehmigungsverfahren werden durch viele rechtliche Vorgaben belastet und dauern oft sehr lange. Dass Verzögerungen im Planungsgeschehen nicht vordergründig bzw. allein durch Umweltgutachten und Umweltprüfungen verursacht werden, sollte angesichts von Projekten wie dem Flughafen BER oder dem Bahnprojekt Stuttgart 21 bekannt sein.

Wenn man vereinfachen und beschleunigen will, muss man die Ursachen von Planungshemmnissen kennen und evaluieren. Hierzu fehlen bislang belastbare systematische Untersuchungen, die sich mit dem heterogenen und multidisziplinären Gebiet des Umwelt- und Planungsrechts beschäftigen. Aber eines ist jetzt schon offensichtlich: Die Geschwindigkeit, mit der die Rahmenbedingungen für Planungen

durch Änderungen und Novellierungen bestehender Gesetze, auch unter dem Einfluss der EU, verändert werden, ist oft sehr hoch, wovon nicht selten die Qualität leidet. Hinzu kommt, dass es viele Schnittstellen zwischen den verschiedenen umweltrelevanten Gesetzen und den untergeordneten rechtlichen Regelungen gibt. Der Lärmschutz ist hierfür ein signifikantes Beispiel. Die Versuche, ein Umweltgesetzbuch zu erlassen, das manche Schnittstellen vermeiden könnte, sind immer wieder gescheitert.

Aus der täglichen Arbeit als Planer und Gutachter weiß ich, dass manche Gesetze zu wenig praxisbezogen sind und ihre Auslegung viele Spielräume offen lässt, die dann unter Umständen vor Gericht geklärt werden müssen. Klagen sind oft die einzige Möglichkeit, schlechte Planungen im Sinne des Umweltschutzes zu verhindern. Klagemöglichkeiten zu beschränken, um Verfahren zu beschleunigen, kann bedeuten, umweltschädigende Planungen zu begünstigen.

Umfang und Dauer von Verfahren haben nicht nur mit Komplexität zu tun, sondern wesentlich mit personeller und fachlicher Kompetenz bei allen Akteurinnen und Akteuren. Die fachliche Qualifikation aller Beteiligten muss sowohl in der Ausbildung als auch in der laufenden Fortbildung gewährleistet sein. Inwieweit der Einsatz von Künstlicher Intelligenz hier Beschleunigungs- bzw. Optimierungspotenzial bieten kann, sollte geprüft werden.

Wer Beschleunigung will, kommt um Gesetzesänderungen oder -abschaffungen nicht herum; das muss politisch diskutiert werden. Planungen sind aber oft sehr komplex. Das Fachrecht hat sich nicht zuletzt aufgrund von Rechtsprechung stark differenziert; es muss befolgt werden, solange das materielle Umwelt- und Verfahrensrecht in Kraft ist und solange der Zugang zu Gerichten noch nicht eingeschränkt wird.

Wahrlich, die Zeiten haben sich geändert: Es ist müßig auf die Klimakrise hinzuweisen, das will keiner mehr hören! Was geht den Einzelnen oder die Einzelne das Artensterben, die Energie- oder die Biodiversitätskrise an, wenn er oder sie selber nicht betroffen ist oder kaum etwas zum Positiven bewirken kann? Die Hungersnöte sind weit weg; die Milliarden Menschen in Armut kennt man nicht. Viele können das „Gejammere“ von Umweltagenturen und engagierten Umweltschützern nicht mehr hören: CO-Ausstoß, Überladung mit Schadstoffen, Belastung durch langlebige per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS), Veränderung der Stickstoff- und Phosphorkreisläufe, Versauerung der Meere, Mikroplastik usw.!

Die verfügbaren Ressourcen des Planeten Erde werden immer schneller aufgebraucht, der Verbrauch übersteigt immer schneller die Reproduktion, die Ökosysteme sind überlastet, es herrscht globaler Raubbau. Der Erdüberlastungstag wurde im Jahr 2025 global am 24. Juli erreicht, in Deutschland bereits Anfang Mai (Global Footprint Network 2026). Die Menschheit lebt ökologisch auf Pump, die Zinsen für die Kredite müssen die Nachfahren zahlen, ihre Rückzahlung ist nicht mehr vorstellbar.

Knapp 50 % des weltweiten Vermögens waren 2024 im Besitz von nur 1,6 % der Erdbevölkerung, über 40 % der Weltbevölkerung besitzen nur 0,6 % des Vermögens (Statista 2026a). Wie wird sich diese Verteilung weiter entwickeln und wer wird die Kosten für Umweltreparaturen oder die Folgen von Naturkatastrophen bezahlen?

Müssen wir beschleunigen, um noch mehr und noch schneller zu wachsen? Brauchen wir Beschleunigung in Genehmigungsverfahren auf Kosten der Umwelt, das heißt von Mensch und Natur? Nachhaltigkeit ist die Balance zwischen Wirtschaft, Umwelt und Sozialem,

die in partizipativen Prozessen ausgehandelt werden muss. Die Machete der ökonomisch begründeten Beschleunigung mag der Traum des Jägers sein, der sich im Dickicht der global zusammengewachsenen Welt verheddert hat. Aber die Machete ist kein geeignetes Mittel zur Lösung komplexer Krisen und Probleme.

Es gibt keine einfachen Lösungen. Benötigt werden Spielregeln in einem globalen Mannschaftsspiel und es bedarf eines kritischen Hinterfragens mancher vermeintlich alternativer Ziele. Das ist oft anstrengend und kann unbequem werden, aber darum geht es nicht; es ist letztlich unverzichtbar. Schließlich geht es um die Bewohnbarkeit des Planeten Erde in einem ansonsten menschenfeindlichen Universum. Die Träume technikversessener Milliardäre zur Ausbeutung der Ressourcen von Mond und Mars, um den Rohstoffhunger der Menschheit zu sichern, sind Albträume angesichts des erforderlichen Energie- und Ressourcenbedarfs für derartige Expeditionen. Planetarer Kolonialismus kann keine nachhaltige Lösung sein.

In der Podiumsdiskussion (s. Abb. 2) am Abschlussstag des 16. UVP-Kongresses in Erfurt gab es manche kritische Stimme zu einzelnen Vorschlägen für Vereinfachungen und Beschleunigungen der Umweltprüfungen. Aber es gab auch zahlreiche Hinweise, wie sich Vereinfachung und Beschleunigung von derzeit praktizierten Planungs- und Genehmigungsverfahren im Umweltbereich erreichen lassen, z. B. durch Vereinfachung des UVP-Screenings, durch verstärkten Ausbau von und verbessertem Zugang zu Umweltinformationssystemen und Umweltdatenbanken sowie deren Aktualisierung und Pflege, durch zwischen den Akteurinnen und Akteuren abgestimmtes Zeitmanagement, durch kontinuierlichen fachlichen Austausch, verbesserte Kommunikation, frühzeitige Antragskonferenzen mit fachlich begründeten Leistungsverzeichnissen und insbesondere durch Einsatz qualifizierten Personals.

Komplexität muss bewältigt werden. Nachhaltigkeit kann nur erreicht werden durch Anwendung des Vorsorgeprinzips. Die vielfältigen, bestehenden und künftig drohenden Umweltprobleme erfordern eine planetare Sicht auf die tatsächlichen Herausforderungen, an denen wir wachsen können oder an denen wir scheitern werden. Eine wirksame UVP ist ein unverzichtbares Instrument der Umweltvorsorge.

Die Beschränkung von Beteiligungsmöglichkeiten, wie sie als eine Möglichkeit zur Beschleunigung von Planungsverfahren gefordert wird, kann Ausdruck der Angst vor Widersprüchen sein. Sie ist

in jedem Fall ein Zeugnis für den Versuch der Beschneidung demokratischer Prozesse.

Die wissenschaftliche Methode der Falsifikation, der Überprüfung von Thesen durch Antithesen, führt immer zu besseren Ergebnissen als die ungeprüfte Durchsetzung von scheinbar alternativlosen Forderungen. In demokratischen Gesellschaften gilt das Paradigma der Rationalität.

Die Umweltprüfungen als Instrumente werden neben der medienübergreifenden Erfassung ökosystemarer Wechselwirkungen und der Beteiligung der Öffentlichkeit wesentlich bestimmt von der Alternativenprüfung als Ansatz zur Suche nach der bestmöglichen Lösung. Faktenorientierung und Hinterfragen sind Kernelemente demokratischer Prozesse. Diese sollte man nicht leichtfertig opportunistischen Bestrebungen für u. U. kurzfristige ökonomische Verwertungslogik opfern. Vorsorge ist billiger als Nachsorge und wirksamer als Reparatur.

Die Zeiten haben sich geändert: Wer Anfang der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts geboren wurde, war Teil einer 2,5 Mrd. Menschen umfassenden Weltbevölkerung auf diesem Planeten. In seiner Lebenszeit hat sich die Menschheit bis heute, in nur 70 Jahren, mehr als verdreifacht; jetzt leben 8,2 Mrd. Menschen auf diesem kleinen Planeten (Stand November 2025, Statista 2026b). Der Ressourcen- und Energieverbrauch steigt auch deshalb dramatisch immer schneller an, 2024 benötigte die Menschheit statistisch betrachtet bereits 1,7 Erden, um zu überleben (Germanwatch 2024). Der Planet hat leider „vergessen“ zu wachsen.

Literatur

Germanwatch (2024): Erdüberlastungstag am 1. August: Menschheit lebt, als hätte sie 1,7 Erden zur Verfügung.

<https://www.germanwatch.org/de/91257> [15.05.2026]

Global Footprint Network (2026): Earth Overshoot Day 2025 Fell on July 24th. <https://overshoot.footprintnetwork.org/> [15.05.2026]

Statista (2026a): Reichtumspyramide: Verteilung des Reichtums auf der Welt im Jahr 2024

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/384680/umfrage/verteilung-des-reichtums-auf-der-welt/> [15.05.2026]

Statista (2026b): Statistiken zur Weltbevölkerung.

<https://de.statista.com/themen/75/weltbevoelkerung/> [15.05.2026]



Abbildung 2: Podiumsdiskussion am Abschlussstag des 16. UVP-Kongresses (Foto: Paul-Philipp Braun)